

Die Verhandlungen im Hauptauschuß.

Im Hauptauschuß sprach gestern nach dem Staatssekretär Dr. Helfferich der konservative Führer Abg. Graf Westarp fast eine Stunde lang. Nach ihm griff der Reichskanzler nochmals zu einer kurzen Erklärung in die Debatte ein. Die letzte Rede in der Montagssitzung hielt der badische Zentrumsabgeordnete Fehrenbach, der in noch bestimmterer Form als sein Fraktionsfreund Erzberger die sofortige Neuorientierung verlangte und die Einführung des parlamentarischen Systems als unaufschiebbare Notwendigkeit bezeichnete. Sodann vertagte sich der Auschuß auf heute vormittag.

Heute soll die Vollsitzung wieder ausfallen. Nach der Montag-Vollsitzung haben wiederum die meisten Fraktionen des Reichstages Sitzungen einberufen.

Die Erzbergerische Formel.

Der Standpunkt des Zentrums.

Die parteiunabhängige „Germania“ bestätigt nunmehr, daß sich das Zentrum auf den Standpunkt Erzbergers gestellt hat. Sie schreibt: „Die Zentrumsfraktion hat am Freitag und Samstag sich in langen ersten Beratungen mit der Frage befaßt und hat schließlich in überwältigender Mehrheit — nur einige Abgeordnete haben sich nicht angeschlossen — beschlossen, die Aktion Erzbergers zu unterstützen und für eine noch zu formulierende Erklärung des Reichstages zu stimmen.“

Diese Erzbergerische Formel — eine Kriegszielerklärung des Reichstages — umschreibt die „Germania“ folgendermaßen:

„Sie ist gedacht als erneutes Bekenntnis zu dem Kriegsprogramm vom 4. August 1914, daß uns nicht Eroberungssucht zu diesem Kriege treibt, sondern daß das deutsche Volk nur zu den Waffen gegriffen hat zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit und zur Wahrung des territorialen Besitzstandes seines Landes. Es soll ferner in dieser Erklärung zum Ausdruck kommen, daß das deutsche Volk zu einem Verständigungsfrieden nach wie vor bereit ist unter Ablehnung aller Pläne, die auf wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege abzielen. Solange unsere Feinde einen solchen Frieden zurückweisen, wird das deutsche Volk in unüberwindlicher Einigkeit den Krieg mit ungebrochener Energie fortsetzen.“

Zur Begründung führt die „Germania“ aus: „1. Die Entente hat unser Friedensangebot vom 16. Dezember nicht nur mit Spott und Hohn zurückgewiesen, sondern auch mit allen Mitteln versucht, seine Wirkung auf die Friedensstimmung der Völker zu zerstören. Dabei ist besonders der Umstand für Deutschland nachteilig gewesen, daß unsere bisherigen Kriegszielerklärungen — Erklärungen der Regierung waren, die von der Entente hingestellt wurden, als seien sie ein Machwerk der „preussischen Militärkaste“, des „kaiserlichen Absolutismus“ usw. Um diesen Nachschaden endgültig die Spitze abzubringen, soll nunmehr das deutsche Volk durch den auf Grund des freiesten und demokratischsten Wahlrechts der Welt gewählten Reichstag eine unzweideutige Willensäußerung für die deutsche Kriegszielpolitik hinausgeben. Es wird damit unseren Feinden unzweideutig zum Bewußtsein gebracht — was uns längst selbstverständlich war —, daß sie nicht allein mit dem Kaiser, mit den „preussischen Junkern“, mit der „Militärkaste“, sondern mit dem ganzen deutschen Volke Krieg führen und daß dieses Volk entschlossen ist, diesen Kampf um Freiheit und Selbständigkeit bis zum letzten Blutstropfen zu führen und alle Beschwerden und Leiden zu ertragen.“

Der Reichskanzler „akzeptiert die Idee“.

„2. Um diese Idee, so fährt die „Germania“ fort, zur vollen Geltung zu bringen, ist es notwendig, daß auch die Regierung sich zu diesem Standpunkte bekennt. Der Reichskanzler hat in der Haushaltskommission unter Hinweis auf seine früheren Äußerungen bezüglich der Kriegsziele die Idee an sich akzeptiert. Damit würde es jedoch nicht genug sein. Der Ernst dieser Kundgebung wird nur dann seine volle Würdigung finden, wenn das deutsche Volk durch eine parlamentarische Vertretung verantwortlich mit an der Regierung beteiligt wird. Es soll damit den nichtsinnigen Versuchen Englands die Spitze abgebrochen werden, seinen Ententesfreunden zu suggerieren, daß die deutsche Regierung schließlich doch mache, was sie wolle, und ihrem Reichstag nicht verantwortlich sei. Es wird deshalb die Bildung einer Art Koalitionsministerium vorbereitet, in das führende Parlamentarier aller Parteien eintreten werden. Damit würde die Geschlossenheit und Einigkeit zwischen Volk, Regierung und Kaiser nicht bloß nach außen hin dokumentiert, sondern auch praktisch verwirklicht und aktionsfähig gestaltet. Ueber die Form dieses neuen Systems bedarf es keines Kopferbrechens. Vor allem wäre es falsch, das neue System anzusprechen als Uebergang zu einem parlamentarischen Regierungssystem in mechanischer Nachahmung des englischen Vorbildes. Das neue System wird der deutschen Eigenart und dem historischen Werdegang des Reiches unter vollster Wahrung seines bundesstaatlichen Charakters angepaßt.“

Die preussische Reform.

„3. Die Osterbotschaft des Kaisers bedarf ihrer Erfüllung. Da mit einem schnellen Kriegsende nicht zu rechnen ist, so wird es zur gebieterischen Notwendigkeit, die innerpolitischen Reformen in Preußen schon jetzt in Angriff zu nehmen. Es soll auch dadurch den feindlichen Verdächtigungen die Spitze abgebrochen werden — die besonders in Rußland eine große Rolle spielen —, als sei die Osterbotschaft ein Versprechen, das nachträglich nicht gehalten würde. Deshalb wird in Preußen unverzüglich die Reform des Wahlrechts einzuleiten sein. Unter den gegebenen Verhältnissen kann nur das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht unter Anpassung an die preussischen Verhältnisse in Betracht kommen. Daraus erwächst die Notwendigkeit, daß auch im preussischen Ministerium eine Homogenität für diese Reform herbeigeführt wird. Das wird auch hier einen Wechsel der Personen zur Folge haben; in welchem Umfange steht noch dahin.“

Das Zentrum erhofft von dieser Kriegszielerklärung, daß sie die Friedensbereitschaft und Friedenssehnsucht in der ganzen Welt außerordentlich stärken wird. Für unser inneres Leben in Deutschland selbst werde die Kundgebung unzweifelhaft die Wirkung haben, die Einigkeit und Geschlossenheit unseres Volkes zu stärken und den Willen zum Durchhalten und Aushalten zu befestigen.

Ueber die Stellung der Fortschrittlichen Volkspartei zur Sache schreibt die „Freif. Btg.“: „Es ist vielfach behauptet worden daß die Rede eines Zentrumsabgeordneten in

Ausschuß die entscheidende Wendung herbeigeführt habe. Man ist deshalb auch soweit gegangen, diese Rede als eine „Tat“ zu feiern. In Wahrheit aber ist der Anstoß ausgegangen von der Fortschrittlichen Volkspartei, die bereits am Tage vor der vielgenannten Ausschlußsitzung nach sorgsamem Beratungen beschlossen hatte, über eine vom Reichstag auszugehende Erklärung mit den in Betracht kommenden anderen Parteien in Fälligkeit zu treten. Die Ausführung dieses Beschlusses hat dann den ersten Schritt zur Klärung herbeigeführt. — Zunächst hat der Kanzler das Wort, und man wird von ihm verlangen müssen, daß er nicht nur platonische Liebeserklärungen abgibt, sondern zur Tat schreitet, und zwar möglichst bald. Daß Herr v. Bethmann Hollweg diese Tat vollführen kann, das zu bezweifeln, liegt zunächst kein Anlaß vor. Darum bedauert es auch eine Verleumdung der Sachlage, wenn man die gegenwärtige Krisis hauptsächlich als eine Kanzlerkrisis ansieht, und es stellt eine wenig glückliche Tat/dar, den persönlichen Kampf gegen Herrn v. Bethmann Hollweg in den Vordergrund zu schieben. Uns interessiert die Personenfrage erst in zweiter Linie. Die Fortschrittliche Volkspartei hat sich nie mit Bethmann Hollweg identifiziert. Ebenso wie sie ihn früher auf das schärfste bekämpft hat, als er andere politische Ziele als sie verfolgte, ebenso hat sie während der bisherigen Kriegszeit keinen Grund gehabt, ihn anzugreifen, solange seine Tätigkeit sich mit der Auffassung der Fortschrittlichen Volkspartei vereinbaren ließ. Sie hat ihm aber nie ihre Unterstützung um seiner selbst willen geliehen, nur um ihn zu halten, und so wird sie auch ihre jetzige und spätere Haltung ganz danach einrichten, wie er sich zu den Forderungen des Tages stellen wird. Nicht darauf kommt es in allererster Reihe an, wie der Kanzler heißt, sondern auf die Taten, die er ausführt. Wenn Herr v. Bethmann Hollweg jetzt mit Mißtrauen auch in weiten Kreisen betrachtet wird, die ihm früher, wir wollen nicht sagen vertrauensvoll, aber vorurteilsfrei gegenüberstanden, so hat er sich das selbst, seiner Unlust, eine Entscheidung zu treffen, zuzuschreiben. Die gegenwärtige Stunde gehört nicht Besprechungen, sie gehört der Tat.“

Eine neue Professoren-Erklärung.

Eine Anzahl Dozenten und Professoren der Berliner Universität und der Technischen Hochschule veröffentlicht eine Erklärung, die im wesentlichen besagt, „daß in den Ordnungen von Staat und Reich nicht alles nach dem Kriege so bleiben darf wie bisher, daß insbesondere das ganze Volk im Felde und zu Hause eine Reife gezeigt hat, die seine Berufung zu erhöhter tätiger Teilnahme an der Sorge um die öffentlichen Angelegenheiten rechtfertigt. Wir sind jedoch gleichzeitig überzeugt, daß die in der langen Prüfung des Weltkrieges bewährten Grundlagen unseres staatlichen Daseins nicht abstrakten Theorien und überlebten Schlagworten zuliebe verrückt werden dürfen, wenn nicht die Veränderungen zum Unheil angeschlossen sollen. In diesem Sinne sind wir gewillt, mit allen Parteien, die für das Vaterland eintreten, an der Gestaltung unseres Zukunftsrechtes zu arbeiten.“

Allein wir würden es für ein Unglück halten, wenn im Gegensatz zu der kaiserlichen Osterbotschaft, der wir voll vertrauen, die endgültigen Beschlüsse schon während des Kriegszustandes gefaßt und ins Werk gesetzt würden. Das Ziel, für dessen Erreichung es zuvörderst die gesamte einheitliche Volkskraft einzusetzen gilt, ist der Sieg über den äußeren Feind. Der unausbleibliche innere Zwist, den jeder Versuch einer vorzeitigen grundsätzlichen Umbildung unseres öffentlichen Rechtszustandes entfachen muß, würde unsere Siegesaussichten schwächen.“

Unterschiedet ist die Erklärung: R. Franke, D. v. Oetke, R. Holl, Ed. Joffe, M. Klotz, J. Köhler, Th. Diebisch, S. Lüders, F. v. Martitz, Ed. Meyer, A. Bend, G. Roethe, Ed. Sachau, Th. Schieman, W. Schulze, R. Seeburg, U. Skuz, S. Triepel, W. Webbing, U. v. Wilamowitz-Moellendorf.